



Landes-SGK EXTRA Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

im Oktober fand unsere Landesdelegiertenversammlung in Mainz im neuen Finther Bürgerhaus statt (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe). Es war eine gute und produktive Konferenz, aus der wir mit wichtigen Beschlüssen in die Zukunft gehen.

Auf eine weitere Amtszeit und auf eine gute, wirkungsvolle Zusammenarbeit mit unserem neuen Landesvorstand freue ich mich und bedanke mich im Namen des gesamten Vorstands für das Vertrauen!

Als wichtige Basis für unser zukünftiges Schaffen haben wir gemeinsam einen Leitantrag verabschiedet, der eine umfangreiche landespolitische Agenda mit wichtigen kommunalen Themen für die nächsten Jahre vorzeichnet. Unsere Kommunen sind der Garant unserer demokratischen Gesellschaft – daher lautet das übergeordnete Ziel, die kommunale Selbstverwaltung in den Mittelpunkt zu stellen und für zukunftsfähige Kommunen zu sorgen.

Örtliche Gemeinschaften unterstützen und kleine Projekte ermöglichen, so etwa mit dem „Dorf-Budget“: Mit einer finanziellen Förderung kann in Eigenverantwortung die konkrete Umsetzung neuer Ideen direkt vor Ort ermöglicht werden. So könnte mit dem Dorf-Budget beispielsweise die Modernisierung eines Spielplatzes, des Jugendraumes oder die Ausrichtung von Senioren-Angeboten von Bürgerinnen und Bürgern über die Finanzierung von Arbeitsmaterialien möglichst unbürokratisch Unterstützung finden.

Ehrendienst würdigen

Zentral in Rheinland-Pfalz ist das Ehrenamt, und besonders in den Freiwilligen Feuerwehren wird Enormes geleistet: Um die hohe Einsatzbereitschaft und die vielen Stunden, die die Freiwilligen Feuerwehrfrauen und -männer in ihre Tätigkeit inves-



Michael Ebling

Foto: SGK

tieren, stärker zu würdigen, strebt die SGK eine kleine Zusatz-Rente nach langjährigem Einsatzdienst an. So kann eine „Feuerwehrrente“ den besonderen Dienst an der Gesellschaft stärker würdigen. Auch vergleichbare Tätigkeiten im Katastrophenschutz könnten durch eine Extra-Rente berücksichtigt werden.

Ein weiterer konkreter Punkt unseres Leitantrags ist die Forderung nach einer CO₂-Klimaprämie, die unsere waldbesitzenden Gemeinden unterstützen soll. Holz ist ein wichtiger Rohstoff. Gleichzeitig muss eine nachhaltige Waldwirtschaft gefördert werden. Um kommunalen Forstbetrieben eine bessere Perspektive zu geben, gerade angesichts wachsender Problematiken wie Dürren und Borkenkäfer-Kalamitäten, ist eine Prämie und damit verbun-

den ein Waldklimafonds notwendig: Waldbesitzer, die eine zertifizierte Waldbewirtschaftung betreiben, sollen auch für ihre Leistungen honoriert werden.

Ein weiteres Thema, das uns wichtig ist, betrifft die Wertschöpfung von Windkraftanlagen: Wir machen uns für einen weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien stark. Um Anreize zu erhöhen, sollen Kommunen über die Grundsteuer von Windkraftanlagen profitieren. Auch die Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort könnte durch eine Wertschöpfung gesteigert werden. Dieses Vorhaben erscheint zwar aktuell noch nicht umsetzbar, sollte aber perspektivisch verfolgt werden.

Ebenso ein zentraler Punkt unserer Arbeit in den vergangenen Monaten

Inhalt

Gewerbesteuerkompensation:
Finanzministerin Ahnen
zum Verteilungsmodus

SGK-Delegiertenkonferenz
wählt neuen Landesvorstand

Psychische Erkrankungen:
Landesgesetz regelt Hilfe

SPD erobert die Städte
Mayen und Bendorf

Kommunaler Abend
mit Malu Dreyer

Mario Daum holt gutes
Ergebnis in VG Hagenbach

schlägt sich in dem neuen Leitantrag nieder: Der wiederkehrende Beitrag dient als Grundlage für einen seriösen und gerechten kommunalen Straßenausbau. Mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes und somit der Einführung von wiederkehrenden Ausbaubeiträgen ist einer wichtigen Forderung der SGK nachgekommen worden. Unser Ergebnis- und Ideenpapier zur Modernisierung des KAG RLP, welches durch den Beschluss des SGK-Landesvorstands am 26.11.2019 verbindlich wurde, findet sich im Leitantrag wieder und beinhaltet weitergehende Vorschläge.

Diese werden wir in Zukunft weiterverfolgen, denn sie beinhalten beispielsweise eine weitere Entschärfung und Deckelung der Beitragsbelastungen der Bürger und eine grundsätzliche Erhöhung des

Gemeindeanteils je nach Funktion der auszubauenden Straßen.

Gefahr durch Altschulden

Ein leider noch immer ungelöstes Problem sieht die SGK bei den kommunalen Finanzen: Die Kommunen in Rheinland-Pfalz weisen einen „Berg“ von Altschulden in Höhe von mehr als 6 Milliarden Euro auf – die kommunale Selbstverwaltung und zukünftige Investitionen sind gefährdet. Eine Altschuldenlösung, angeregt durch Bundesfinanzminister Olaf Scholz, wurde von CDU-regierten Ländern abgelehnt. Somit stehen die Kommunen weiter vor einem Schulden-Problem. Umso bedeutsamer ist die in den letzten Jahren durchgeführte Erhöhung der Finanzausgleichsmasse, die die SGK – genauso wie kontinuierliche Zuweisungen an die Kommunen – als besonders wichtig erachtet. Auch in Zukunft muss an die Kommunen und ihre Finanzen gedacht werden – dafür wollen wir uns stark machen. Diese und noch weitere Punkte unseres neuen Leitetrags möchten wir in Zukunft in Angriff nehmen und unsere Kommunen weiterhin unterstützen. Ein weiteres Ergebnis unserer Landesdelegiertenversammlung ist eine neue Satzung, die modernisiert und überarbeitet wurde. Über die wichtigsten Änderungen werden wir in einem Newsletter informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Euer

Michael Ebling
SGK-Landesvorsitzender

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Romano-Guardini-Platz 1, 55116 Mainz
E-Mail: gabriele.vogelsgesang@sgkrp.de

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Corona-Gewerbsteuerkompensation und die Verteilung an die Kommunen

Öffentliche Investitionen stabil halten, Planungssicherheit gewährleisten: Land will Kommunen mit 750 Millionen Euro schnell, unbürokratisch und zielgenau unterstützen

Autorin Finanzministerin Doris Ahnen

Die Corona-Pandemie stellt alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – vor große Herausforderungen. Geprägt ist die aktuelle Situation von einem zeitgleichen Zusammentreffen rapide einbrechender Steuereinnahmen auf der Habenseite und den zur Bekämpfung der finanziellen Folgen der Pandemie erforderlichen erhöhten Ausgaben auf der Sollseite. Dies zusammengekommen führt zu angespannten Haushalten und schrumpfenden staatlichen Kassen.

Den Kommunen – als die zentralen Akteure, wenn es um die Daseinsvorsorge, das tägliche Leben vor Ort und die Eindämmung der Pandemie geht – kommt gerade auch in dieser aktuell schwierigen Zeit eine große Bedeutung zu.

Die Kommunen sind zudem große Auftraggeber vor Ort und verantworten einen erheblichen Teil der Bautätigkeit der öffentlichen Hand. Gerade jetzt gilt es, diese öffentlichen Investitionen stabil zu halten. Die Landesregierung steht in dieser Situation zu ihrer Verantwortung und zu dem Ziel, die Handlungsfähigkeit der kommunalen Haushalte auch weiter sicherzustellen.

Kommunaler Rettungsschirm

Darum haben wir die Kommunen im laufenden Jahr mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen unterstützt und einen kommunalen Rettungsschirm mit einem Gesamtvolumen von rund 750 Millionen Euro aufgespannt. Schnell, unbürokratisch und zielgerichtet haben wir die Kommunen bereits zu Beginn der Krise im ersten Nachtragshaushalt 2020 mit rund 100 Millionen Euro Soforthilfe unterstützt. Rund 400 Millionen Euro werden durch den Stabilisierungsmechanismus im kommunalen

Finanzausgleich gesichert, der die Kommunen vor den finanziellen Auswirkungen der einbrechenden Steuereinnahmen des Landes auf ihre Zuweisungen schützt. Die Steuerschätzung im Mai 2020 hat zudem gezeigt, dass die Kommunen auch bei ihren originären Steuereinnahmen mit erheblichen Corona-bedingten Mindereinnahmen zu rechnen haben, dies insbesondere bei der für sie besonders wichtigen Gewerbesteuer. Deshalb haben wir den Kommunen unmittelbar nach Bekanntwerden der Ergebnisse zugesagt, die Hälfte der im Mai 2020 geschätzten Gewerbesteuermindereinnahmen im Jahr 2020 zu kompensieren. Kurz darauf äußerte auch der Bund seine Bereitschaft, die Kommunen in der Krise zu unterstützen, indem er bundesweit die (andere) Hälfte der geschätzten Mindereinnahmen übernimmt und zudem über eine Erhöhung seiner Beteiligung an den Kosten der Unterkunft auch strukturell zur Verbesserung der Kommunal Finanzen beiträgt. Gemeinsam mit dem Bund stellen wir den Gemeinden in diesem Jahr 412 Millionen Euro zur Kompensation dieser Gewerbesteuerausfälle zur Verfügung. Neben den vorstehenden Maßnahmen ist dies ein weiterer, erheblicher Beitrag zur finanziellen Unterstützung der Kommunen. Da die finanziellen Folgen der Pandemie auch im nächsten Jahr weiterwirken, gehen wir noch darüber hinaus und stellen für die geschätzten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer im Jahr 2021 weitere 50 Millionen Euro bereit. Im Übrigen schützt der Stabilisierungsmechanismus die Kommunen auch im Jahr 2021 vor Einbrüchen der Landessteuereinnahmen. Während sich bei einem klassischen Verbundsystem aufgrund dessen Volatilität die Zuweisungen um rund

200 Millionen Euro vermindern würden, bleiben diese durch den Mechanismus nicht nur stabil, sondern erhöhen sich trotz Krise gegenüber dem Vorjahr sogar um 180 Millionen Euro.

Die Verteilung der Mittel zur Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen im Jahr 2020 legte der Bund in die Hände der Länder. Es musste daher zunächst ein Verfahren entwickelt werden, das die Mittel fair, sachgerecht und zielorientiert an die einzelnen Gemeinden verteilt. Die Zahlungen zum Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen werden den Kommunen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs zusätzlich zur Verfügung gestellt und sollen insbesondere dazu beitragen, die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegene Investitionsfähigkeit der Kommunen in der Krise aufrecht zu erhalten. Ein entsprechender Gesetzentwurf (Landtags-Drucksache 17/13146) befindet sich bereits in den parlamentarischen Beratungen und soll noch im November 2020 verabschiedet werden.

Die genannten Summen sind Festbeträge, die in dieser Höhe verlässlich zu einer finanziellen Entlastung der Städte und Gemeinden, aber auch der Gemeindeverbände beitragen sollen. Denn während Empfänger der Zuweisungen nur die Gemeinden sein können, finanzieren sich die Verbandsgemeinden, die Landkreise und der Bezirksverband über Umlagen, die aufgrund der geringeren Einnahmen sinken würden. Durch die Einbeziehung der Kompensationszahlungen in die Umlagegrundlagen profitieren diese von den Geldern in dem gleichen Umfang, wie sie über ihre Umlagen auch an den Gewerbesteuererinnahmen

men ihrer Städte und Gemeinden beteiligt sind.

Dabei gilt es zudem, die zeitlichen Gesichtspunkte zu beachten. Während die Mindereinnahmen verteilt über das ganze Jahr 2020 eintreten, können die Kompensationszahlungen für das Jahr 2020 erst nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens und damit am Ende dieses Jahres insgesamt ausgezahlt werden. Die im rheinland-pfälzischen Landesfinanzausgleichsgesetz normierten Steuerkraftzeiträume, die für die Berechnung der Umlagen maßgebend sind, reichen immer vom 1. Oktober eines Jahres bis zum 30. September des Folgejahres. Dies bedeutet für das Jahr 2020, dass die Mindereinnahmen zu einem Großteil in dem für die Umlagen des Jahres 2021 relevanten Steuerkraftzeitraum eintreten, während die Kompensationszahlungen, die diese Mindereinnahmen ausgleichen, erst für die Umlagen



Doris Ahnen, rheinland-pfälzische Finanzministerin

Foto: FM RLP/Elisa Biscotti

des Jahres 2022 Berücksichtigung finden würden. Die Unterstützung der Verbandsgemeinden, der Landkreise und des Bezirksverbands käme folglich erst sehr zeitverzögert an und würde keine Unterstützung in der Krise bieten. Daher sieht der Gesetzentwurf vor, dass die im Dezember vorgesehenen Zahlungen der insgesamt 412 Millionen Euro noch im aktuellen Steuerkraftzeitraum zu berücksichtigen sind und damit bereits als Umlagegrundlage

für das Jahr 2021 und nicht erst im Jahr 2022 zur Verfügung stehen.

Modell zur Verteilung

Bei der Verteilung der Mittel war es uns ein besonderes Anliegen, diese gezielt denjenigen Kommunen zukommen zu lassen, die tatsächlich auch Mindereinnahmen haben. Beachtet man ferner, dass die Gewerbesteuer bekanntlich ein extrem schwankendes Aufkommen zeigt und ein landesweit geltendes

System nicht auf den individuellen Plandaten von rund 2.300 Städten und Gemeinden aufbauen kann, erklärt dies bereits die Grundzüge unseres Modells.

Ausgangsbasis bildet die Summe der in der letzten Steuerschätzung vor der Corona-Pandemie (der Steuerschätzung Oktober 2019) ausgewiesenen Netto-Gewerbesteuererinnahmen, die den Gesamt-Soll-Betrag aller Gemeinden bildet. Zur Verteilung der Mittel ist es zunächst erforderlich, diese Summe den einzelnen Gemeinden zuzuordnen, um so einen individuellen Soll-Betrag für jede Gemeinde zu erhalten, der dann mit den Gewerbesteuererinnahmen verglichen werden kann. Die Zuordnung selbst erfolgt insbesondere aus dem Durchschnitt der Gewerbesteuererinnahmen der letzten neun Jahre, wobei zur weiteren Glättung das höchste und niedrigste Jahresergebnis unbeachtet bleiben.

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

Zur Berechnung des Anspruchs einer Gemeinde an den Kompensationsmitteln ist ein zweistufiges Verfahren vorgesehen. In einem ersten Schritt wird der individuelle Soll-Betrag anteilig den bei Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens vorliegenden Gewerbesteuererinnahmen der ersten drei Quartale des Jahres 2020 gegenübergestellt. Bei der Verteilung der Mittel werden nur die Gemeinden berücksichtigt, bei denen die Gewerbesteuererinnahmen den (anteiligen) individuellen Soll-Betrag unterschreiten. Die für Dezember vorgesehene Abschlagszahlung von 412 Millionen Euro errechnet sich sodann aus dem Anteil der Mindereinnahmen einer Gemeinde an den Gesamtmindereinnahmen aller Gemeinden.

Diese Berechnung wird in einer zweiten Stufe im Mai 2021, nachdem auch die Gewerbesteuererinnahmen des vierten Quartals 2020 und ersten Quartals 2021 vorliegen, mit den Ergebnissen dieser fünf Quartale wiederholt. Das Ergebnis bildet den finalen Anspruch einer Gemeinde an den Mitteln für das Jahr 2020 und gleichzeitig die Grundlage für die Verteilung der für das Jahr 2021 vorgesehenen Mittel von 50 Millionen Euro.

Mit diesem zweistufigen Verfahren werden die Mittel für das Jahr 2020 schnell und anhand der jüngsten verfügbaren Datenbasis auf die Gemeinden verteilt und ausgezahlt. Durch die Spitzabrechnung im Mai können diese Verteilung mit einer noch breiteren Datenbasis aktualisiert und die Mittel noch zielgerichteter verteilt werden.

Planungssicherheit

Trotz erheblicher Corona-bedingter Steuermindereinnahmen des Landes stellen wir den Kommunen beträchtliche Mittel gerade auch zur Überwindung der Pandemie zusätzlich zur Verfügung und schaffen zudem Planungssicherheit für die nächsten Jahre. Denn mit dem vorgenannten Gesetzentwurf stellen wir nicht nur die Kompensationsmittel zur Verfügung, sondern erweitern zudem die Stabilisierungsfunktion des kommunalen Finanzausgleichs, indem die Höchstgrenze der negativen Finanzreserve von 25 auf 50 Prozent der Verstetigungssumme verdoppelt wird.

Michael Ebling bleibt SGK-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz

Landesdelegiertenversammlung mit Vorstandswahlen in Mainz. SPD-Chef Roger Lewentz schwört auf die Landtagswahl 2021 ein. Leitantrag mit SGK-Forderungen verabschiedet. Kommunen zukunftsfähig machen

Autor Wolfgang Kröhler

Der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling bleibt Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Rheinland-Pfalz. Bei der Delegiertenversammlung im Bürgerhaus in Mainz-Finthen wurde er mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Die Tagung fand noch vor dem neuerlichen Lockdown als Präsenzveranstaltung Anfang Oktober statt, natürlich unter Beachtung aller Corona-bedingten Vorgaben. Wiedergewählt als Stellvertreter wurden die Bad Kreuznacher Oberbürgermeisterin Dr. Heike Kastermeurer und der Nieder-Olmer VG-Bürgermeister Ralph Spiegler. Torsten Blank, Bürgermeister der VG Landau-Land, komplettiert die Stellvertreter, er übernimmt das Amt von Reinhard Scherrer, der nicht mehr kandidierte.

Videobotschaft von Olaf Scholz

Neben den Vorstandswahlen stand der Ausblick auf die Landtagswahlen im Frühjahr 2021 im Mittelpunkt. Für diese Entscheidung sei die SPD gut gerüstet, auch wegen der Unterstützung durch die SGK. Ralph Spiegler, der auch seit Sommer Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ist, stellte fest: „Wir sind ein starkes Team und eine starke Basis für die SPD“. Beim Hauptkonkurrenten, der CDU, machte er eine große Hilfslosigkeit in allen kommunalen Belangen aus: „Was die CDU in diesem Bereich bringt, das ist sehr dünn...“. Spiegler machte dies an zwei Beispielen fest: Bei der Festlegung für die neuen Straßenausbaubeiträge in Form von wiederkehrenden Beiträgen hätten sich die Christdemokraten schlichtweg verweigert. Und beim von Finanzminister Olaf Scholz vorgeschlagenen Entschuldungs-

fonds habe die CDU gegen die Interessen der Kommunen entschieden. In einer Videobotschaft griff Olaf Scholz dieses Thema nochmals auf und bekräftigte seinen Standpunkt, dass die Kommunen von ihrer hohen Schuldenlast befreit werden müssten. Trotz der Widerstände aus Reihen der CDU bleibt er optimistisch: „...das kriegen wir auch noch hin“!

Diese Botschaft nahm auch der SPD-Landesvorsitzende und Innenminister Roger Lewentz auf. Die Christdemokraten bezeichnete er in diesem Zusammenhang als Pharisäer, die die Kommunen auf höchstem Niveau in Stich gelassen hätten. Olaf Scholz dagegen stehe ganz eng an der kommunalen Seite, was auch die Zusage von Bund und Land bei der Kompensation von Steuerausfällen durch die Corona-Krise unter Beweis stelle. Das Land Rheinland-Pfalz sei in der Pandemie extrem gut von der Landesregierung verwaltet worden. In diesem Zusammenhang dankte Lewentz aber auch der kommunalen Familie, wie „wir das bisher gemeinsam hinbekommen haben“. Aber er warnte auch vor allzu großer Sorglosigkeit, denn mindestens noch bis nächsten Sommer werde man die Pandemie vor Augen haben.

SPD für Wahl gut gerüstet

Für die Landtagswahlen sieht Lewentz die SPD gut gerüstet und gibt sich optimistisch: „Die SPD in Rheinland-Pfalz ist in Schuss, wir wollen die Wahlen gewinnen“. Und für das Amt der Ministerpräsidentin sei Malu Dreyer die absolut beste Wahl. Der CDU-Spitzenkandidat Baldauf sei dagegen ein Mann, der alles schlecht rede und im Land ein unbekannter Mensch sei. Wer Malu Dreyer weiter als Ministerpräsidentin



Roger Lewentz, SPD-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz und Innenminister, geht optimistisch in die Landtagswahl 2021.

tin wolle, der müsse SPD wählen, stellte der SPD-Landeschef fest. Die Leistungsbilanz der Regierung könne sich auf jeden Fall sehen lassen: Jedes Jahr würden 580 neue Polizisten eingestellt, 2024 werden es dann erstmals über 10.000 Beamte sein. Bei der Breitbandverlegung liege Rheinland-Pfalz 48 Prozent über dem Bundesschnitt, trotz enormer Herausforderungen durch die großen Flächen.

Der alte und neue Vorsitzende der SGK Rheinland-Pfalz Michael Ebling stellte fest, dass in diesen Krisenzeiten Bund und Land die richtigen Schwerpunkte gesetzt hätten. „Wir sind handlungsfähig“, so sein Fazit. Dies habe man auch ganz besonders Arbeitsminister Hubertus Heil und Finanzminister Olaf Scholz zu verdanken, die mit ihren Initiativen gut durch die Krise steuerten. Mit einem Kommunalpaket „wie noch

nie“ habe man die Ebene gestärkt und handlungsfähig gehalten, wo die Menschen unmittelbar leben. Beim eingeschlagenen Kurs für die nächsten harten Jahre sei auch die SGK ein seriöser Begleiter. „Unsere kommunalen Interessen stehen im Vordergrund, in der Kommunikation befinden wir uns auf Augenhöhe“, sagte Ebling. Er lobte nochmals das schnelle Handeln der Landesregierung, die mit einer kommunalen Soforthilfe von 100 Millionen Euro die Städte und Kreise unterstützt habe. Mit großem Bedauern registrierte der SGK-Chef das Nichtzustandekommen eines kommunalen Entschuldungsfonds und sagte in Richtung der CDU in Rheinland-Pfalz: „Wer die Kommunen so schäbig behandelt, der verdient es nicht, in Rheinland-Pfalz an die Macht zu kommen“. Optimistisch zeigt er sich mit Blick auf die Landtagswahlen. Die Sozialdemokraten müssten sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für den Landtag müssten mit Fleiß und guten Ideen überzeugen. Der Bundesgeschäftsführer der Bundes-SGK Manfred Sternberg lobte in

seinem Grußwort die gute Zusammenarbeit mit der Landes-SGK. Mit Michael Ebling als stellvertretendem Bundesvorsitzenden und den beiden Vorstandsmitgliedern Heike Kaster-Meurer und Ralf Spiegler sei Rheinland-Pfalz ohnehin stark im Bundesgremium vertreten.

Ideen und Forderungen

In einem Leittrag an die Delegiertenkonferenz formulierte die SGK ihre Ideen und Forderungen für zukunftsfähige Kommunen in Rheinland-Pfalz. Im Fokus stehen dabei praxisorientierte Ansätze, welche die kommunale Selbstverwaltung in den Mittelpunkt stellen. Den Leitgedanken drückte Landesgeschäftsführer Nico Steinbach mit dem Satz aus: „Unsere Kommunen sind Garant unserer demokratischen Gesellschaft“. Trotz der vielen guten und pragmatischen Lösungen während der Corona-Krise gebe es noch Punkte, bei denen die Kommunen weitere Unterstützung benötigten. Dazu gehöre nach wie vor eine Alt-schuldenregelung. Hier müsse eine konsensfähige Lösung gefunden werden, damit die Kommunen in ihre Zukunft investieren könnten.

Im Leittrag listet die SGK insgesamt 17 Themen auf, die ihr am Herzen liegen. Unter anderem wurden Ideen zu folgenden Punkten entwickelt:

- Respekt für Ehrenamt: die „Feuerwehrente“
- Gemeinsam Gemeinschaft gestalten: das „Dorf-Budget“
- Klimaschutz soll eine kommunale Pflicht sein
- Eine CO₂-Waldklimaprämie ist dringend notwendig
- Kommunal vom Klimaschutz profitieren: Beteiligung an erneuerbaren Energien
- Gigabit-Strategie: Highspeed bis in den letzten Winkel des Landes
- Wohnungsbau: eine soziale Frage
- Regionale Schulentwicklungsplanung
- ÖPNV wird Rückgrat für Stadt und Land
- Digitalisierung der Schulen
- Mehr Mittel für Kindertagesstätten (Investitionen)
- Corona-Hilfen für Wirtschaft und Kultur, ein „Kultur-Winter-RLP“ bringt neue Impulse.

Verabschiedet wurden von der Delegiertenversammlung auch eine



Reinhard Scherrer führte als Tagungspräsident routiniert durch die SGK-Landeskonferenz.

Neufassung und Aktualisierung der Satzung und der Kassenbericht, der von Landeskassierer Mario Gebhardt vorgelegt wurde. Der Vorstand wurde daraufhin einstimmig entlastet.



Wiedergewählt zum Landesvorsitzenden der SGK Rheinland-Pfalz: der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling.

Fotos (3): Burkhard Müller

Der neue SGK-Landesvorstand

Mit überwiegend großen Mehrheiten wurde in der Delegiertenversammlung im Bürgerhaus in Mainz-Finthen der neue SGK-Landesvorstand gewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

1. Geschäftsführender Vorstand:

Vorsitzender: Michael Ebling (53 Jahre), Oberbürgermeister von Mainz

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Heike Kaster-Meurer (54), Oberbürgermeisterin von Bad Kreuznach. Ralph Spiegler (59), Bürgermeister der VG Nieder-Olm und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Torsten Blank (49), Bürgermeister der VG Landau-Land

2. Beisitzerinnen und Beisitzer:

Reinhard Grasnack (65), Burgen, Polizeibeamter i.R. und Ortsbürgermeister in Burgen

Gabriele Greis (53), Hardt, hauptamtliche Beigeordnete der VG Hachenburg und Ortsbürgermeisterin in Hardt

Theres Heilscher (26), Kamp-Bornhofen, SPD Ortsvereinsvorsitzender Kamp-Bornhofen

Marcus Heintel (44), Traben-Trarbach, Bürgermeister VG Traben-Trarbach

Rainer Kaul (68), Linkenbach, Landrat a.D. Landkreis Neuwied, seit 1994 im Vorstand der SGK

Nina Klinkel (37), Nieder-Olm, seit 2010 Mitglied im Kreisvorstand Mainz-Bingen, seit 2016 Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtages

Marc Ruland (39), Andernach, seit 2009 Mitglied im Landesparteirat, Mitglied im Stadtrat Andernach und im Kreistag Mayen Koblenz

Heike Scharfenberger (59), Ludwigshafen, Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtages, von 2008 bis 2019 Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen und von 2004 bis 2019 Ortsvorsteherin von Ludwigshafen-Ruchheim

Steffen Wolf (40), Jugenheim, Erster Kreisbeigeordneter im Landkreis Mainz-Bingen, Fraktions-sprecher der SPD im VG-Rat Nieder-Olm

Stefan Worst (58), Idar-Oberstein, in Birkenfeld SPD-Kreisvorsitzender, DGB-Kreisvorsitzender, SGK-Regionalvorsitzender, Mitglied im Kreistag Birkenfeld und im Stadtrat Idar-Oberstein



Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Foto: SGK-Archiv

Neues Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen

Autorin Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Mit den Stimmen aller Fraktionen wurde am 7. Oktober 2020 das neue Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen (PsychKHG) im rheinland-pfälzischen Landtag verabschiedet.

Schon mit dem seit dem Jahr 1995 geltenden rheinland-pfälzischen Psychisch-Kranken-Gesetz war Rheinland-Pfalz ein Vorreiter in der Politik für Menschen mit psychischer Krankheit oder seelischer Behinderung. Das Gesetz stellte deren Bedürfnisse an den Anfang und in den Mittelpunkt und es betonte die Rechte psychisch kranker Menschen.

Diesen Weg gehen wir auch mit der Novellierung des Landesgesetzes.

Das neue PsychKHG schafft einen sachgerechten Ausgleich zwischen den Interessen der psychisch erkrankten Personen auf der einen Seite und den berechtigten Sicherheitsinteressen der Öffentlichkeit.

Starke Persönlichkeitsrechte

Es verbessert die gesetzlichen Grundlagen für Hilfen und Schutzmaßnahmen psychisch erkrankter Menschen, um eine Unterbringung gegen den Willen der betroffenen Menschen soweit wie möglich zu vermeiden. Außerdem werden mit dem Gesetz die Selbstbestimmung und die Persönlichkeitsrechte der un-

tergebrachten Personen ebenso wie die Rolle der Angehörigen gestärkt.

Als Gesundheits- und Sozialministerin ist es mir besonders wichtig, dass wir mit dem neuen Landesgesetz die Zusammenarbeit in den kommunalen Gemeindepsychiatrischen Verbänden stärken. Darüber hinaus setzen wir finanzielle Anreize für eine adäquate Ausstattung der Koordinierungsstellen für Gemeindepsychiatrie. Je besser gemeindepsychiatrische Hilfen vor Ort ausgebildet sind und die Leistungserbringer im Gemeindepsychiatrischen Verbund zusammenarbeiten, umso besser ist die Qualität der Versorgung und Unterstützung psychisch erkrankter Menschen, insbesondere der chronisch schwer Erkrankten mit komplexem Hilfebedarf. Hierdurch können wiederum die Häufigkeit und die Dauer von Unterbringungen reduziert werden.

Mit der Neufassung des bisherigen Psychisch-Kranken-Gesetzes (PsychKHG) als neues Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen (PsychKHG) setzt die Landesregierung auch einen Auftrag aus dem aktuellen Koalitionsvertrag um. Das Landesgesetz wird zum 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Zwei SPD-Kandidaten auf Erfolgskurs

Wahlsiege in den Städten Mayen und Bendorf. Eindrucksvolle Erfolge gegen Grünen- und CDU-Mitbewerber erzielt

Autor Wolfgang Kröhler

Zwei Bürgermeisterwahlen brachten erfreuliche Ergebnisse für die SPD, die so nicht ohne weiteres zu erwarten waren: Dirk Meid wurde in der Stadt Mayen zum Oberbürgermeister gewählt, Christoph Mohr holte sich den Sieg in Bendorf. Für den SPD-Landesvorsitzenden Holger Lewentz sind dies ermutigende und hoffnungsvolle Signale für die kommenden Landtagswahlen, wie er bei der Landesdelegiertenkonferenz der SGK feststellte.

Dirk Meid neuer OB in Mayen

In der Stadt Mayen brachte Dirk Meid das Kunststück fertig, sich in der Stichwahl gegen den seitherigen Amtsinhaber Wolfgang Treis (Bündnis 90/Die Grünen) durchzusetzen. Mit 59,44 Prozent der Wählerstimmen fiel das Votum sehr deutlich aus. Eigentlich war die OB-Wahl bereits für Ende April geplant, wurde aber wegen der ersten Corona-Welle auf den Herbst verschoben. Für Dirk Meid im Nachhinein kein Nachteil, weil er die verbliebene Zeit für den Wahlkampf nutzte und über viele persönliche Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kam. „Insgesamt haben wir an 2.000

Haustüren geklingelt, das sind rund ein Fünftel aller Mayener Haushalte“, resümiert der neue Oberbürgermeister. Dabei konnte sich Meid auf die Unterstützung und Geschlossenheit seiner Partei verlassen, was sich schon bei seiner fast einstimmigen Nominierung zum OB-Kandidaten vor einem Jahr abzeichnete. Der persönliche Wahlkampf in einer Stadt mit 20.000 Einwohner und 15.000 Wahlberechtigten habe sich letztendlich ausgezahlt. Ergänzend dazu sei man natürlich auch in den sozialen Medien aktiv gewesen. Auf jeden Fall hat Dirk Meid die Mayenerinnen und Mayener als Person und mit seinem Programm voll überzeugt, Er sammelte viele Pluspunkte mit seiner Bodenständigkeit und Bürgernähe, er kam sehr authentisch über. „Mir haben die vielen Gespräche und dieser lange Wahlkampf unglaublich viel Freude bereitet, weil die Menschen aufgeschlossen, interessiert und freundlich waren“, sagte Meid nach seinem Wahlsieg.

Bei seiner zukünftigen Arbeit als Oberbürgermeister will er sich auf die Werte der SPD in Mayen stützen. In der Stadt hätten sich die Sozialde-



Dirk Meid ist neuer Oberbürgermeister der Stadt Mayen.

Foto: Privat

mokratinnen und Sozialdemokraten immer als „Kümmerer“ verstanden und an „diese Tradition will ich versuchen anzuknüpfen“. Für sein neues Amt kann Dirk Meid auf Erfahrungen in der Verwaltungsarbeit zurückgreifen. Seine Ausbildung absolvierte der 51-Jährige in der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz mit dem Abschluss als Diplom-Volkswirt, auch bei der Stadtverwaltung in Mayen war er sechs Jahre lang beschäftigt. In den vergangenen 20 Jahren arbeitete er für die Aluminium AG Mayen. Dirk Meid ist seit 1993 Mitglied in der SPD, übernahm 2015 den Vorsitz seiner Partei in Mayen und zog im vergangenen Jahr in den Stadtrat ein. Über die Kommunalpolitik hinaus ist er auch in zahlreichen Vereinen in seiner Stadt engagiert.

Christoph Mohr klar vorne

Mit Christoph Mohr gelang den Sozialdemokraten in der Stadt Bendorf ein weiterer Streich. Er knackte die bis dahin vom CDU-Bürgermeister Michael Kessler regierte Kommune in überzeugender Manier: Auf Mohr entfielen 56,9 Prozent der Stimmen in der Stichwahl. Er beendete damit

die seit 1996 währende CDU-Regentschaft. Mit seinem Slogan „Besser für alle. Mehr für alle“ überzeugte der 39-jährige Gymnasiallehrer die Bendorferinnen und Bendorfer. Der Wahlkampf stellte Mohr und die SPD wegen der Corona-Zeit vor besondere Herausforderungen, der virtuelle Wahlkampf wurde stark betont. „Livestreams aus dem Homeoffice haben enormen Zuspruch erfahren“, stellt Mohr rückblickend mit Genugtuung fest. Außerdem habe er an etwa 3.000 Wohnungen in Bendorf geklingelt und sich vorgestellt. Und mit sogenannten „Wohnzimmerinfoständen“ habe man die gute Stube einfach auf die Straße verlagert. „Das alles war neu für Bendorf und hat die Menschen begeistert“, zieht Mohr rückblickend ein positives Fazit. Bei allen Aktionen konnte er sich der Unterstützung seiner Partei sicher sein, „einfach hervorragend“. Während des Wahlkampfes habe die SPD zudem den stärksten Mitgliederzuwachs seit vielen Jahren verzeichnet. Letztendlich seien Transparenz von politischen und politikbildenden Prozessen, Dynamik, die Offenheit der Anliegen der Bürger „und mei-



Christoph Mohr ist ab Januar 2021 neuer Bürgermeister von Bendorf. Foto: Privat

ne politische Erfahrung“ ausschlaggebend für den großartigen Erfolg gewesen, meinte der neue Bendorfer Bürgermeister. Am 1. Januar 2021 tritt er sein neues Amt an.

In seinem Wahlprogramm sprach er die Punkte an, die in der Stadt auf offene Ohren stießen. Mit an erster Stelle stehen für ihn in diesem Zusammenhang der Bereich Familie und Kinder. Mit zehn Kindertagesstätten, drei Grundschulen und drei weiterführenden Schulen sei Bendorf ein Bildungsstandort, in den weiter investiert werden müsse, zum Beispiel

in die Verbesserung der Ausstattung. „Wohnen darf kein Luxus sein“, mit diesen Worten spricht Mohr ein weiteres wichtiges Thema an. Sein Ziel ist es, dies künftig zum Gegenstand von Stadtentwicklung und planerischem Handeln zu machen, wobei privatwirtschaftliche Orientierung und gemeinwohlorientiertes Bauen sich nicht von vorneherein ausschließen mögen. Mohr will sich weiterhin dafür einsetzen, dass die alten Menschen in seiner Stadt gut leben können, möglichst solange wie möglich in den eigenen vier Wänden. Er will auch versuchen, Teil des Landesprogrammes „GemeindeschwesterPlus“ zu werden. Ein lebendiges kulturelles Leben, ein verbessertes Mobilitätsangebot, wirtschaftliche Initiativen und eine Belebung der Innenstadt, Umwelt- und Klimaschutz oder auch der Tourismus sind weitere Aufgaben, die Mohr anpacken will. Bei allen anstehenden Entscheidungen sollen auch die Bürger mit eingebunden und transparent diskutiert werden, lautet der Anspruch für seine künftige Arbeit als Stadtbürgermeister.

Kommunaler Abend mit Malu Dreyer

Auch in Corona-Zeiten: Vernetzung der verschiedenen politischen Ebenen bleibt wichtige Aufgabe für SGK

Autorin Lisa Vogel

Networking und einen Austausch auf Augenhöhe bot der Kommunale Abend, den die SGK in der schönen Pfalz in Hagenbach Ende September veranstaltete. Exklusiv für SGK-Mitglieder bot das Treffen eine besondere Gelegenheit, unserer rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer hautnah zu begegnen. Ebenfalls vor Ort waren der SGK-Landesvorsitzende Michael Ebling und SGK-Landesgeschäftsführer Nico Steinbach.

Aufgrund der Corona-Beschränkungen gab es ein begrenztes Platzkontingent im Hagenbacher Kulturzentrum. Somit konnte die Veranstaltung dank eines guten Hygienekonzeptes sicher durchgeführt werden.

„Die Vernetzung verschiedener politischer Ebenen ist gerade im Bereich der Kommunalpolitik wichtig, somit stellt dies eine Kernaufgabe der SGK dar. Umso mehr freue ich mich über die tolle Gelegenheit zum Austausch, die wir mit unserem kommunalen Abend bieten konnten!“, betonte Nico Steinbach, der sich mit der Veranstaltung sehr zufrieden zeigte.

Die ursprünglich für November geplante Fortsetzung eines weiteren kommunalen Abends in der Mosel-Region musste aufgrund der aktuellen Corona-Lage leider bis auf weiteres verschoben werden. Dennoch arbeitet die SGK weiter daran, auch über digitale Wege Veranstaltungsformate anzubieten.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer stand bei einem Kommunalem Abend den SGK-Mitgliedern Rede und Antwort, unterstützt vom SGK-Landesvorsitzenden Michael Ebling (rechts).

Foto: SGK Rheinland-Pfalz

Aus Niederlage neue Kraft und Mut schöpfen

Mario Daum in der VG Hagenbach in Stichwahl knapp gescheitert. Niedrige Wahlbeteiligung. CDU verweigerte sich inhaltlicher Debatte

Autor Wolfgang Kröhler

Am 25. Oktober hat die Verbandsgemeinde Hagenbach einen neuen Bürgermeister gewählt. Amtsinhaber Reinhard Scherrer von der SPD hat nach 16 Jahren nicht mehr kandidiert. Für die SPD ist der 35-jährige Mario Daum aus der Nachbarkommune Wörth am Rhein angetreten und unterlag gegen die CDU-Kandidatin mit 45,6 Prozent. Nach der Wahl hat er mit DEMO auf die Wahlentscheidung, seine Kampagne und die daraus gewonnenen Erfahrungen geblickt. Hier das Interview, das wir mit ihm führten:

Worin sehen Sie die Gründe der letztlich knappen Wahlniederlage? War es von Nachteil als „auswärtiger“ Kandidat anzutreten?

Die Gründe für den Ausgang einer Urwahl sind zweifelsohne nicht immer eindeutig zu benennen. Da spielt der Bekanntheitsgrad eine wesentliche Rolle, den „einer von außen“ erst einmal in wenigen Monaten wettmachen muss. Mir war es wichtig, stets einen inhaltlich geprägten Wahlkampf zu führen, der zugleich nah an den Bürgerinnen und Bürgern ist. Sehr schade war, dass sich meine Mitbewerberin im Rahmen der Kampagne jeglicher inhaltlichen



Mario Daum wird jetzt seine Arbeit als Fraktionsvorsitzender der SPD im Wörther Stadtrat fortsetzen. Foto: Privat

Debatte verschlossen hatte, obwohl sich dies viele Bürgerinnen und Bürger gewünscht hatten.

Mit Blick auf die Ergebnisse aus den vier Ortsgemeinden, war der Heimvorteil wohl bedeutender als ein klares Konzept über acht Jahre und konkret benannte Ziele. Und zugleich vermute ich, dass auch die niedrige Wahlbeteiligung von gerade einmal 51,4 Prozent eher von Nachteil für mich war. Und doch sind 45,6 Prozent, quasi aus dem Stand heraus, ein respektables Ergebnis.

Von außen betrachtet wurde Ihre Wahlkampagne als sehr

professionell wahrgenommen. Was war Ihnen wichtig?

Ein stringentes Konzept war mir wichtig, dafür habe ich mir anfangs auch von mehreren Seiten Rat geholt, zum Beispiel bei Mike Weiland, der im März in der Verbandsgemeinde Loreley ein großartiges Ergebnis eingefahren hat. Vor Ort haben wir dann eine Art Drehbuch erstellt, in dessen Zentrum die Haustürgespräche und mehrere aussagekräftige Broschüren und auch vier Ortszeitungen standen, darunter meine Inhaltsbroschüre mit den konkreten Zielen für die Verbandsgemeinde. Zu Beginn habe ich zudem eine digitale Bürger*innenbefragung durchgeführt.

Gerade der direkte Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern war mir sehr wichtig, schließlich spielen Emotionen für die Wahlentscheidung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Für die Gespräche habe ich mir viel Zeit genommen. Zudem dürfen heutzutage die Sozialen Medien nicht vergessen werden, darüber erreicht man in kürzester Zeit mehr Menschen, als dies in der analogen Welt möglich ist. So wurde mir oft berichtet, dass man sich über Facebook bereits über mich informiert hat.

Auch wenn Sie auf einen anderen Wahlausgang hingearbeitet haben, was nehmen Sie aus dieser Erfahrung mit?

Zunächst natürlich die positive Energie, die in dieser Zeit entstanden ist. Eine solche Kampagne funktioniert nur dann so gut, wenn man Unterstützung erhält. Ich habe mich in dieser Zeit von den SPD-Mitgliedern, den Mandatsträgern und den Bürgerinnen und Bürgern stark unterstützt gefühlt, woraus auch Freundschaften entstanden sind. Dafür bin ich sehr dankbar.

Was nehmen Sie aus der Kandidatur für Ihre weitere politische Arbeit mit? Und was können Sie Parteifreunden raten, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben oder machen werden?

In der Hauptsache machen wir die politische Arbeit mit den und für die Menschen. Sie zu erreichen, zu informieren und einzubinden war, ist und wird mein Ziel bleiben, egal an welcher Position. Und das direkte und aufsuchende Gespräch sowie eine ordentliche Öffentlichkeitsarbeit, ob in Form einer Ortszeitung oder über die sozialen Medien, sind in meinen Augen von zentraler Bedeutung.

Das werde ich jetzt wieder verstärkt in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Wörth am Rhein machen. Hier haben wir bereits gelernt, dass eine fortwährende Öffentlichkeitsarbeit wichtig ist, um langfristig gute Ergebnisse zu erzielen. Und das hat zugleich auch positive Effekte für die Landes- und Bundespolitik.

Jeder Kandidierende geht mit einer solchen Wahl und dem Ergebnis anders um. Für mich zählte mit ein wenig Abstand, dass diese anstrengenden Wochen und Monate mit zahlreichen persönlichen Begegnungen unglaublich wertvoll und motivierend waren. Das sollte man auch danach erkennen und annehmen.

